Samstag/Sonntag, 13./14. Juli 2019, Nr. 160 Süddeutsche Zeitung

CORNELIA WOCKEL ÜBER

UNGEHORSAM

FOTO: CORINNA GUTHKNECHT

Sie hat schon ein Kreuzfahrtschiff blockiert und das Kohlekraftwerk Weisweiler – Letzteres hat Cornelia Wockel und fünf weiteren Klimaaktivisten eine Millionenklage des Energiekonzerns RWE eingebracht. Trotzdem will sie weitermachen

INTERVIEW: THOMAS HÜRNER

SZ: Frau Wockel, Sie haben am Pfingstsonntag ein Kreuzfahrtschiff in Kiel blockiert und wurden in Gewahrsam genommen. Sieht Ihre Wochenendgestaltung häufiger so aus?
Cornelia Wockel: Na ja, jedes Wochenende wäre vielleicht ein bisschen viel. Aber wenn irgendwo in Deutschland eine größere Aktion von Klimaaktivisten stattfindet, bin ich meistens dabei.
Was genau haben Sie in Kiel gemacht?
Wir sind mit verschiedenen Booten losgefahren, haben dann das Schiff umringt und es etwa sechs Stunden am Auslaufen gehindert. Außerdem sind Personen vom Ufer aus auf Tauleinen geklettert. Irgendwann kam ein Schlepper, der das Schiff auslösen wollte. Das war gefährlich, weil die Aktivisten fast zwischen Steg und Schlepper geraten wären und einige im Wasser landeten. Abends rückte dann das SEK mit Tauchteam an und hat uns aus dem Meer gezogen.
Was wollten Sie damit erreichen?
Kreuzfahrtschiffe spiegeln stark die soziale Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft wider, die Diskrepanz zwischen globalem Süden und Norden. Es können sich nur sehr reiche Menschen leisten, auf ihnen zu fahren, während die Besatzung meist sehr arme Menschen sind. Kreuzfahrtschiffe fahren nicht unter der Flagge des Landes, das sie am häufigsten anlaufen, sondern meist unter der Flagge eines Landes, in dem es keine Mindestlöhne gibt. Außerdem konsumiert ein Mensch auf einem Kreuzfahrtschiff viermal so viel wie sonst, der Massentourismus zerstört die Städte, die sie anlaufen. Deswegen gehören Kreuzfahrtschiffe von den Meeren verbannt. Zumindest vorübergehend haben wir das selbst übernommen.

„Wir haben keine Angst. Wir können auch mit Schulden ein gutes Leben führen."

Wie haben die Touristen auf dem Schiff reagiert?
Viele haben interessiert zugeschaut, gefilmt und Fotos gemacht. Teilweise fanden sie unsere Aktion offenbar spannender als das Angebot an Bord. Andere waren weniger begeistert und haben uns beschimpft.
Wären Ihre Eltern an Bord gewesen: Zu welcher Gruppe hätten sie gehört?
Meine Eltern haben auch Verständnis, weil die Klimakrise präsenter ist als noch vor ein paar Jahren. Natürlich haben sie Angst, dass mir etwas zustoßen könnte, wenn ich mich an einem Förderband eines Kraftwerks festmache oder mich vor ein Kreuzfahrtschiff stelle. Aber sie sorgen sich auch um meine Zukunft.
Und Sie haben keine Angst?
Manchmal. Aber ich bin überzeugt, dass das notwendig ist, um meine Zukunft zu retten. Um an die Probleme unserer Zeit heranzugehen, muss man nach seinen eigenen ethischen Grundsätzen handeln, aktiv werden. So wie es zum Beispiel die *Sea-Watch*-Kapitänin Carola Rackete kürzlich getan hat, als sie 40 Flüchtlinge mit dem Boot nach Lampedusa rettete. Das ist nicht kriminell, sondern menschlich.
Carola Rackete drohen dafür juristische Konsequenzen, genauso wie Ihnen: RWE fordert gerade zwei Millionen Euro Schadenersatz von Ihnen und fünf weiteren Aktivisten, weil Sie während der Weltklimakonferenz in Bonn ein Kraftwerk über Stunden vom Kohlenachschub abgeschnitten haben.
RWE versucht uns mit solchen Geldbeträgen und Schadenersatzforderungen einzuschüchtern. Wir lassen das aber nicht zu und haben keine Angst. Wir können auch mit Schulden ein gutes Leben führen.
Eine Verurteilung könnte für Sie persönlich aber doch dramatische Folgen haben.
Wenn die Zivilklage durchkommt, dann werden wir einen Schuldenberg haben, den wir nicht bezahlen können. Dann muss man eine Vermögensauskunft abgeben, in der man darlegt, wie viel Geld man verdient und auf dem Konto hat. Die nächsten 30 Jahre des Lebens lebt man dann unter der finanziellen Grenze von derzeit etwa 1180 Euro im Monat. Alles, was darüber hinausgeht, wird vom Konto abgezogen. Für mich stellt dieser Betrag aber keine Einschränkung dar, denn ich habe nicht vor, irgendwann mehr zu verdienen. Ohnehin gibt es in dieser Bewegung einen sehr solidarischen Umgang mit Strafgeldern: Niemand wird alleine gelassen. Aber meine Eltern hat die Klage schon schockiert.
Was haben Sie ihnen gesagt?
Dass das für mich keine große Beeinträchtigung sein wird. Das müssen sie akzeptieren, sie haben ja keine andere Wahl. Natürlich könnte ich mich auch nach den Bedürfnissen meiner Eltern richten: versuchen, ein normales, straffreies Leben zu führen, eine Familie gründen, möglichst früh in die Altersversorgung einzahlen. Dieses Leben möchte ich aber nicht führen.
Wie sind Sie radikale Klimaaktivistin geworden?
Ich bin sehr behütet aufgewachsen, in einer Kleinstadt mit Mutter, Vater, Schwester. Sie haben wahrscheinlich nicht damit gerechnet, dass ich mich mal für so einen Weg entscheide. Aber als ich nach und nach von den Ungerechtigkeiten in der Welt erfuhr, wollte ich unbedingt etwas dagegen tun. Als Frau ist man da ja ohnehin unmittelbar betroffen. Hinzu kommt die Klimakrise, durch die ich einen enormen Handlungsdruck spüre. Irgendwann fand ich Menschen, die ähnlich radikal denken. Meine erste Protestwoche war der G-20-Gipfel in Hamburg 2017.
Noch mal zurück zu RWE: Können Sie verstehen, dass der Konzern Sie auf Schadenersatz verklagt?
Nein. Mit der Aktion haben wir uns für den sofortigen Kohleausstieg eingesetzt. Konzerne wie RWE zerstören jeden Tag die Lebensgrundlagen auf der Erde – und müssen keinen Schadenersatz für die Zerstörung zahlen, die sie anrichten. Was wir betreiben, ist eigentlich Schadensbegrenzung. Mit dieser Aktion haben wir es geschafft, dass 27 000 Tonnen CO_2 nicht ausgestoßen wurden. Eine große Ungerechtigkeit ist ohnehin, dass diejenigen, die am Klimawandel am meisten leiden, überhaupt kein Geld bekommen. Ein peruanischer Kleinbauer klagt gerade gegen RWE, weil ein abschmelzender Gletscher seine Felder bedroht. Es kann nicht sein, dass solche Menschen überhaupt keine finanzielle Unterstützung bekommen.
Man könnte es aber auch so sehen: Sie haben Menschen bei der Arbeit behindert, Menschen mit Familien, deren Jobs womöglich bald nicht mehr existieren. Machen Sie sich Gedanken darüber?
Während der Aktion hatten wir für die Arbeiter ein Schreiben vorbereitet, in dem wir uns dafür entschuldigt haben, dass wir sie bei der Arbeit unterbrechen. Wir wollen niemandem schaden. Natürlich wird immer wieder mit den Arbeitsplätzen argumentiert. Aber in den erneuerbaren Energien steckt mehr Potenzial als in einer veralteten Industrie. Und vor dem Problem des Klimawandels kann man es nun mal nicht berücksichtigen, dass Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren werden.

„RWE zerstört unsere Lebensgrundlagen. Dafür klagen wir sie öffentlich an."

Das Individuum muss also hinter der größeren Sache zurückstehen?
Uns geht es schon nah, dass Menschen ihre Stellen verlieren und dass ihnen das Angst bereitet. Aber das ist nicht unsere Schuld, wir haben das Recht, den Kohleausstieg zu fordern. Die Regierung hat viel zu spät mit dem Strukturwandel angefangen, der stattfinden muss, um Kohleausstieg und Klimakrise zu bewältigen und den Betroffenen eine Perspektive zu bieten.
Neben der Zivilklage läuft auch noch ein Strafprozess gegen Sie ...
Ja, es gibt zwei getrennte Verfahren. Beim Strafprozess geht es um Hausfriedensbruch, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Störung öffentlicher Betriebe. Wir wollen beide Prozesse dafür nutzen, um RWE öffentlich anzuklagen dafür, dass sie unsere Lebensgrundlagen zerstören. Für uns ist das auch eine Bühne, um unsere politische Meinung zu äußern.
Ein Gerichtssaal ist aber keine Bühne.
Man kann ihn aber zu einer machen, wenn man sonst zu wenig gehört wird. Uns ist es wichtig, dass wir uns nicht nur von Anwälten vertreten lassen, sondern uns selbst verteidigen. Ein Gericht ist ein absolut hierarchisches Gefüge: Der Richter sitzt oben, die Angeklagten unten. Man kann aber viele Anträge stellen, die politische Botschaften haben. Etwa einen Antrag auf einen Stuhlkreis oder dass der Richter gendern muss, wenn er redet. So kann man politische Inhalte ins Verfahren einbringen, und das werden wir versuchen. Daher begreife ich diese Millionenklage sogar als Chance.
Wie planen Sie solche Aktionen?
Die Vorbereitungen dauern lange, sind intensiv, viele Menschen stecken viel Arbeit rein. Dieses Mal waren etwa 6 Klimaaktivisten dabei, verschiedene Gruppen aus Deutschland haben miteinander kooperiert. Man kennt sich untereinander. Weil wir schnell kriminalisiert werden vom Staat und von den Konzernen ist das alles immer sehr geheim. Vorsicht ist unser oberstes Gebot.
Wie stimmen sich die Gruppen ab?
Wir kommunizieren viel mit verschlüsselten Nachrichten, es gibt aber Vernetzungstreffen für einen direkten Austausch zwischen den Gruppen. In der Klimabewegung legen wir viel Wert darauf, dass alles ohne Hierarchien abläuft. Bei der Aktion mit dem Kreuzfahrtschiff etwa hat eine Gruppe die Planung übernommen, diese wurde dann mit allen anderen vor Ort per Abstimmung besiegelt. Es gibt kein Mehrheitsprinzip; wir versuchen, alles im Konsens zu entscheiden. Wenn eine Person dagegen ist, muss sie überzeugt und ihre Meinung berücksichtigt werden.
Klingt kompliziert.
Hat bisher aber immer ziemlich problemlos geklappt. Wir sind uns einig in dem, was wir erreichen wollen.
Ist eine gewisse Form der Radikalität unabdingbar, um die Dringlichkeit des Anliegens deutlich zu machen?
Was wir in der Szene betreiben, ist ziviler Ungehorsam. In einer Phase, in der seit Jahren demonstriert wird und die Regierung nicht reagiert, wird diese Aktionsmethode immer legitimer, sinnvoller und wichtiger, um die Aufmerksamkeit auf das Unrecht zu lenken. In unserer Bewegung haben wir da einen Satz, der das gut umschreibt: Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht.
Die „Fridays for Future"-Demonstranten kommen aber ohne größere Regelbrüche aus und haben sich trotzdem Gehör verschafft.
Es braucht vielfältige Aktionen. Demos, wie bei „Fridays for Future", aber auch radikalere Aktionen wie unsere. Ohnehin hängt alles zusammen: Die „Fridays for Future"-Bewegung ist hierzulande nicht nur wegen Greta Thunberg so stark, sondern auch wegen der Räumung des Hambacher Forsts. Dieses Thema hat solidarisiert und der Bewegung einen Schub gegeben. Und wenn man in die Geschichte blickt, wird deutlich, dass vieles mit zivilem Ungehorsam erkämpft wurde, etwa die Bürgerrechtsbewegung in den USA oder die Frauenrechte in England. Das ist ein demokratisches Mittel des Protests und sollte nicht mehr kriminalisiert werden.
Versetzen wir uns mal um zehn Jahre in die Zukunft: Die globale Temperatur ist weiter gestiegen und für jeden Menschen sind die Folgen massiv. Reicht freitags nicht zur Schule zu gehen dann als Protestform noch aus?
Jeder soll selbst entscheiden, wozu er bereit ist. Was wir brauchen, ist Solidarität, nicht jeder muss gleich ein Kraftwerk blockieren. „Fridays for Future" hat viel zur Klimabewegung beigetragen, aber ich hätte auch nichts dagegen, wenn sie sich eines Tages entscheiden, radikaler vorzugehen.
Kann eine Bewegung aus physischer Konfrontation auch Energie schöpfen?
Ja. Wenn man Kohlekraftwerke mit dem eigenen Körper blockiert und stilllegt, dann nimmt man den Kohleausstieg für einen Tag selbst in die Hand. Man zeigt: Wir widersetzen uns, wir nehmen nicht einfach alles hin.
Und wo ziehen Sie die Grenze zu Gewalt?
Gewalt ist, wenn Menschen ihre Lebensgrundlage verlieren und an Naturkatastrophen sterben. Was wir tun, ist somit die Verhinderung von Gewalt. Eine klare Grenze ziehe ich aber, wenn Leib und Leben eines anderen Menschen in Gefahr sind.
Ist das, was Sie tun, effizienter als Partizipation in einer politischen Partei?
Ich denke, dass in vielen Parteien extreme Hierarchien herrschen. Wenn du eintrittst, darfst du erst mal 20 Jahre Plakate aufhängen. Ich möchte mich dafür einsetzen, Hierarchien abzubauen, deshalb ist das nicht die passende Aktionsform für mich.
Es gibt also keine Partei, die Ihre Interessen abdeckt?
Nein, nicht mal die Grünen. Sie waren früher eine sehr aktionsorientierte Partei, entstanden aus einer Protestbewegung. Nun haben sie sich in die Mitte bewegt und sind konservativer geworden.
Manche Politiker reagieren auf jungen Protest häufig zuerst herablassend, das hat das Video des Youtubers Rezo kürzlich gezeigt. Haben die Generationen ein Kommunikationsproblem?
Ich denke schon, aber das hat es schon immer gegeben, etwa bei den Achtundsechzigern und deren Eltern mit Nazivergangenheit. Was mir aber speziell bei Menschen ab 50 Jahren auffällt: Weil sie das Wirtschaftswunder direkt mitbekommen haben, verteidigen sie das System vorbehaltlos und hinterfragen nichts Grundsätzliches mehr. Dabei wäre genau das nötig.
Gibt es eine Art mentale Vorbereitung auf zivilen Ungehorsam?
Zunächst macht man sich Gedanken darüber, ob man mit der eigenen Identität reingehen möchte oder sie verschleiert. Man kann etwa seine Fingerabdrücke unkenntlich machen, sich die Fingerkuppen aufritzen oder abkleben. Und man muss sich klar werden über das, wozu man bereit ist: Will ich Polizeiketten durchbrechen? Nah an Polizeihunden vorbeilaufen? Oder genügt es mir, im Demonstrationszug dabei zu sein? Für das Radikale muss man sich psychisch wappnen.

„Sich die Polizei als Feind vorzustellen, ist auch ein Schutzgedanke."

Warum?
Das liegt an den hierarchischen Strukturen, denen man sich gegenübersieht. Die Polizei agiert häufig als Gegner und ist mitunter sehr gewalttätig.
Die Polizei als Feindbild der Demonstranten: Ist das nicht viel zu einfach gedacht?
Es ist auch ein Schutzgedanke, wenn man sich die Polizei als Feind vorstellt. Dann agiert man vorsichtiger, wachsamer.
Inwiefern?
Weil man das schlimmstmögliche Szenario im Kopf durchspielt. Was dich nicht mehr schockiert, belastet dich weniger.
Die Gewalt bei großen Demos geht aber doch eher selten von der Polizei aus.
Ich habe den Eindruck, dass sich die Polizeigewalt bei Demonstrationen von rechts und links unterscheidet: Bei linkem Protest stachelt die Polizei an, bei rechtem Protest wirkt sie eher deeskalierend.
Warum sollte die Polizei unterschiedlich handeln?
Vielleicht hält sie sich bei den Rechten zurück, weil sie Angst vor gewaltbereiten Nazis hat. Die Klimabewegung, auch die radikale, wendet ja keine physische Gewalt an. Außerdem scheinen rechte Gedanken weitaus öfter in der Polizei vertreten zu sein als linke. Zum Beispiel haben wir mal versucht, eine AfD-Demo in Thüringen zu stören. Und wissen Sie, was wir gesehen haben? Einen Polizisten, der sich an verschiedenen Teilen seiner Ausrüstung farblich zur AfD bekannt hat – inklusive Deutschlandfahne an seinem Walkie-Talkie.

Zur Person

Cornelia Wockel, 22, wuchs in Burgdorf bei Hannover auf. Nach ihrem Abitur begann sie 2016, Technische Physik in Ilmenau, Thüringen, zu studieren. Als Jugendliche protestierte sie unter anderem gegen Atomkraft und das Freihandelsabkommen TTIP. Sie engagiert sich auch für Femininismus und im Kampf gegen Rechtsextremismus. Radikalisiert hat sie sich aber erst nach ihren Erfahrungen beim G-20-Gipfel in Hamburg. Seitdem ist sie Teil der aktivistischen Klimabewegung in Deutschland und nimmt an bundesweiten Aktionen teil. Wegen einer Blockade des Kohlekraftwerks Weisweiler wurden sie und fünf weitere Aktivisten von RWE auf Schadenersatz in Höhe von zwei Millionen Euro verklagt.